

ASTA INFO

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß und den Fachschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen

12.1. - 17.1. '83

TROTZ ALLEDEM:

Die Diskussionsfreudigkeit im Studentenparlament in der Sitzung am 15. Dezember erreichte bislang nie gekannte Dimensionen. Überlange Redebeiträge, die die Konzentration doch sehr stark beanspruchten führten letztenendlich aber zu starken Ermüdungserscheinungen bei den einzelnen Parlamentsmitgliedern, sodaß die Sitzung gegen 22 Uhr geschlossen werden mußte. Aus diesem Grunde wurde auch die Wahl des neuen AstA auf die nächste Sitzung am 10. Januar 1983 verlegt. Und auf dieser Sitzung klappte es auch. Das Bemühen des größeren Teils der Parlamentarier dem neuen AstA zum Licht der Welt zu verhelfen ist unverkennbar. Da mußte selbst ein von der parlamentarischen Opposition die bekanntlich vom RCDS und der Neuen Heimat repräsentiert wird, eingesetzter "Kanonenschlag" zur Unterstützung ihrer Argumente wider dem AstA kapitulieren. Schockierend ist dabei die Tatsache, daß diese Opposition selbst davor nicht mehr zurückschreckt, die Gesundheit von Kommilitonen/innen zu gefährden.

Sie kommen, sie kommen, ... aah....!

Einfach irre, total irre!
Ich glaub mich tritt ein Pferd!

Hurra, es hat geklappt!

Mann, ist das toll!



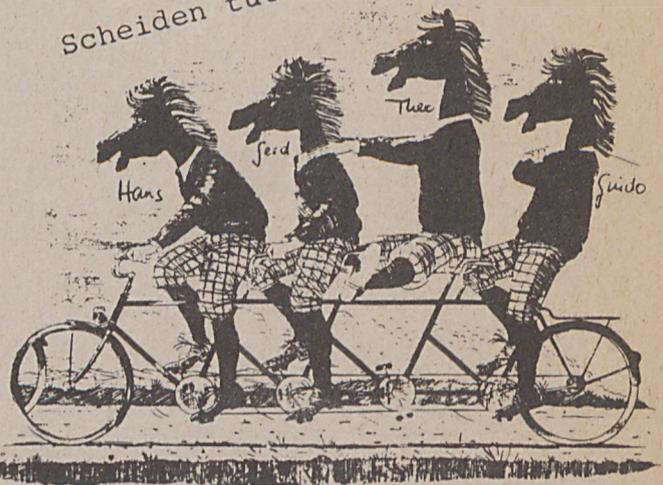
THE NEW ASTA IS DA, DA, DA ...

Neu gewählt, bzw. in ihren Ämtern bestätigt wurden folgende Referenten:

| | | |
|---------------------|----------------------|----------------------|
| Vorsitz | : Rolf Meyer | (Basisgruppen) |
| stellv. Vorsitz | : Karl Kugelschafter | (FS Bio) |
| Fachschaften | : Hans Hirschmann | (Juso-HSG) |
| | : Achim Michel | (Juso-HSG) |
| Naturwissenschaften | : Peter Wetz | (Juso-HSG) |
| Finanzen | : Doris Eyl | (Juso-HSG) |
| | : Artur Krüger | (Juso-HSG) |
| Internationales | : Bruno Pawlinsky | (Unabhängig) |
| Soziales | : Heike Fuhr | (Basisgruppen) |
| | : Walter Bien | (Basisgruppen) |
| Kultur | : Egon Kramer | (FS Kunst) |
| Ökologie | : Thomas Kirchhof | (FS Bio) |
| | : Hans J. Redmann | (FS Bio) |
| | : Karl Kugelschafter | (FS Bio) |
| Frauen | : Erika Kaufmann | (autonome Frauengr.) |
| | : Sabine Wortmann | (Autonome Frauengr.) |
| Buchhaltung | : Gaby Betz | (Unabhängig) |
| Lehrerbildung | : N.N. | |

Scheiden tut weh!

Lebt wohl!



Wir wünschen Euch viel Glück
auf Euren neuen Wegen,
Euer neuer
ASTA

Neuer Gesetzentwurf zur Kriegsdienstverweigerung

Auf dem Weg zur immer weiteren Durchmilitarisierung unserer Gesellschaft hat die neue Koalition in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf zur "Neugestaltung" des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer vorgelegt, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellt. Ein Rückblick: seit Jahren ist die Novellierung dieses Gesetzes ein Dauerthema, seit Jahren wird den Betroffenen versprochen, man wolle etwas gegen das noch gültige Verfahren der mündlichen Wissensprüfung unternehmen. 1977 folgten diesen Worten Taten, nachdem man im Bundestag mit SPD/FDP-Mehrheit die Regelung mit der "einfachen Postkarte" verabschiedete: künftig sollte eine Postkarte mit dem Hinweis auf die Kriegsdienstverweigerung genügen. Durch eine Klage der CDU/CSU und geängstigt durch 70 000 Verweigerer-Postkarten in nur wenigen Monaten verbot das Bundesverfassungsgericht 1978 dieses Gesetz als "verfassungswidrig". Danach schwoll zwar die Kriegsdienstverweigerer-Zahl weiterhin an (1982 ca. 60 000 Anträge), aber die herrschenden Kreise konnten sich auf kein neues Gesetz einigen. 1980 scheiterte nur durch die Courage einiger linker SPD-Abgeordneter ein SPD-Gesetzentwurf, in dem bei gleichzeitiger schriftlicher Begründung eine Erhöhung der Zivildienstzeit auf 18 Monate vorgesehen war. Von Seiten der CDU/CSU war Jahre hindurch immer der gleiche O-Ton zu hören: keine Abschaffung der Wissensprüfung, Erhöhung der Zivildienstzeit und Abqualifizierung der Zivildienstleistenden, kurz nachdem sie auch offiziell in Bonn die Macht in den Händen haben, scheinen für sie diese Wünsche in Erfüllung zu gehen, falls wir es nicht schaffen sollten, dieses Gesetz noch zu kippen. Denn: schon am 16. Dezember soll in Bonn die 2. Lesung stattfinden, einen Tag danach steht die Verabschiedung an. Läßt die CDU/CSU/FDP durch ihre Medien verlauten, die neuen Richtlinien seien faktisch eine Abschaffung der Wissensprüfung und die Medien spielen ihre Rolle wieder einmal verblüffend gut, so sprechen bei nur oberflächlicher Betrachtung des Gesetzestextes die Worte eine ganz andere Sprache.

Nach dem neuen Gesetz schickt der KDV'ler künftig seine Begründung an das Bundesamt für Zivildienst, das darüber urteilen wird, ob die Wissensgründe schlüssig dargelegt sind. Im Gegensatz zur heutigen Praxis hat der KDV'ler damit mit der staatlichen Behörde nur noch Schriftverkehr zu tun, es ist für ihn nicht im geringsten möglich, die Entscheidungsfindung der ihn bewertenden Behörde nachvollziehen zu können. Ein Leichtes für die Behörden nun auch, die KDV'er je nach Bedarf reihenweise abzulehnen. Ist dies heute schon gängige Praxis, sind damit der Willkür noch weitere Türen geöffnet. Mit wenig Phantasie wird man jetzt auch schon die Ablehnungsgründe erraten können: Vorwurf der

Abschrift anderer Begründungen, weil identische Wissensgründe vorliegen jeder unvollständigen Unterlagen (führt ebenfalls zur Ablehnung, wenn 4-wöchige Frist nicht eingehalten wird) oder ungenaue Darstellung. Das B.G.Z. wird nun also das Recht dazu bekommen, darüber zu urteilen (einige wenige Beamte werden danach mit zehntausenden von Anträgen beschäftigt sein), ob der Antrag "schlüssig" ist. Ist dies nicht der Fall, so muß es künftig zwei verschiedene Verfahrenswege geben. Der erste Verfahrensweg besteht in einer vollkommenen Ablehnung des Antrages, wogegen der KDV'er nur noch vor dem Verwaltungsgericht klagen kann, zudem besitzt er keinen Schutz mehr vor einer Einberufung in die Bundeswehr. Durch diese Regelung kann die Versorgung der Bundeswehr mit Soldaten, d.h. abgelehnten KDV'ern nach Bedarf sichergestellt werden. Wegen der zu erwartenden Riesenanzahl von Klagen wird es wohl auch die Regel werden, daß die eingezogenen KDV'er erst nach ihrer Militärzeit die Gerichtsverhandlung zu erwarten haben. Die Folge wäre eine zunehmende Kriminalisierung von KDV'ern, die dem Militärapparat Widerstand entgegenzusetzen und wohl auch eine ohnmächtige Unterordnung einer weiteren größeren Gruppe. Sollte das B.G.Z. den Antrag wohl als nicht schlüssig einordnen, dem Antragsteller trotzdem aber noch einmal eine Chance einräumen, tritt Fall 2 in Kraft. Danach tritt der



KDV'ler nach Ablehnung durch das BGZ vor einen Prüfungsausschuß, dem wie heute ein von der Bundeswehr bestellter Jurist und zwei Schöffen, nicht aber wie bisher ein gewählter Vertreter eines Kommunalparlamentes angehören. Neu wird auch sein, daß der vorsitzende Bundeswehrbestellte Stimmrecht für die Entscheidung über die Anerkennung bekommen wird. Wird der KDV'er auch hier abgelehnt, bleibt ihm nur noch der Gang zum Verwaltungsgericht, der nicht ohne finanzielle Risiken ist: eine verlorene Klage kostet etwa 1000,- DM (in Gießen finden die Prozesse vor dem VwG meistens am Freitag im Stadtwerke-Haus statt). Welch eine Lüge, auch in diesem Fall von einer Verbesserung zu sprechen. Vielmehr werden durch dieses Verfahren noch stär-

ker als bisher die KDV'er mit höherer Schulbildung bevorteilt, denen es wohl leichter als den Hauptschülern oder dem Arbeiterjugendlichen fallen wird, eine wohlformulierte Begründung zu schreiben. Auch die Bundeswehr kann voll zufriedener sein, denn durch das volle Stimmrecht bei gleichzeitigem Wegfall einer Person kann sie nun noch direkter die KDV-Zahlen kontrollieren.

Was wird es noch Neues geben: trotz gegensätzlichen Worten des Grundgesetzes soll der Zivildienst künftig 5 Monate länger als der Kriegsdienst dauern, eine Spanne, die manchen wohl auch seine Entscheidung überdenken läßt. Dazu, und dies offenbart wenig die konkrete Langzeitplanung der Bundeswehr, ist dies Gesetz nur auf 2 1/2 Jahre ausgelegt, beginnend mit Juli kommenden Jahres. Diese Neuordnung in der deutschen Gesetzgebung läßt sich nur interpretieren mit der konkreten Planung der Einbeziehung von Frauen in den Militärapparat, die dann die fehlenden Soldaten, durch die geburtsschwachen Jahrgänge ersetzen sollen.

Soll durch dieses Gesetz die Masse der KDV'er abgeschreckt und demoralisiert werden, so gibt es auch konkrete Vorstellungen darüber, wie der Zivildienst sinnvoller in die militärische Logistik eingebaut werden kann. Demnach sollen Zivildienstleistende aus vielen Bereichen herausgezogen werden (z.T. durch Streichung der Bundesunterstützung, so daß die Institutionen die KDV'er nicht mehr bezahlen können), die auch nur irgendwie andere Menschen beeinflussen könnten, so z.B. in Jugendzentren, kirchlichen Gemeindehäusern etc.

Nach Plänen der Bundesregierung wird demnach der Hauptnutznießer, der dann erfolgenden Umschichtung der Zivildienstleistungen, Bereiche, die wie z.B. das Technische Hilfswerk direkt in Strategien der NATO einbezogen sind. Von den heute etwa 30 000 Zivildienstplätzen werden nach diesen Plänen 10 000 Plätze gestrichen und neu verteilt, Zahlen, die nun für jeden sichtbar den Weg des Zivildienstes hin zu einem waffenlosen Militärdienst belegen.

Was können wir dagegen tun? Angesichts der geplanten schnellen Verabschiedung des Gesetzes ist es eine Notwendigkeit durch spektakuläre Aktionen unseren Protest gegen diese andere Form von Aufrüstung sichtbar werden zu lassen, mit der Chance, vielleicht dadurch die beinahe vollständige Blockade durch die bürgerlichen Medien zu durchbrechen. Stellen wir unsere hochwohlgeehrten Abgeordneten aus Gießen und Umgebung zur Rede, fordern wir die Dienststellen der Zivildienstleistenden dazu auf, gegen dieses Gesetz zu protestieren.

Stefan Stressmann
(FS 16/19/20)

In den Bundesdeutschen Ballungsgebieten ist es nicht immer möglich, die Wassermengen am Verbrauchsort selbst dem Grundwasser zu entnehmen, da dieses durch geologische Gegebenheiten begrenzt ist. Flußwasserentnahmen und Uferfiltrationen können wegen der aufwendigen und teilweise sogar unmöglichen (z.B. Nitrat-Verschmutzungen) Reinigung und dem nur in Grenzen einsetzbarem Verdünnungsverfahren nur beschränkt genutzt werden. So kommen die Wasserversorgungsunternehmen auf die für sie gewinnträchtigste Lösung: Statt Maßnahmen zur rigorosen Einschränkung des Wasserverbrauchs durchzuführen, wird versucht, Trinkwasser in entfernten Gebieten zu fördern und in die Ballungsgebiete zu transportieren.

Ein Industriefernes Grundwasserliefergebiet ist der Vogelberg, ein Ballungsgebiet ohne ausreichend eigene brauchbare Wasservorkommen stellt das Rhein - Main - Gebiet dar. Zusammen ergibt sich eine Schmarotzerei !!!

Bereits seit Jahren wird im Niddatal Grundwasser im großen Stil abgepumpt, geplant ist, den gesamten Vogelsbergbereich zu einer Grundwassermelkkuh umzufunktionieren.

Im Niddatal, bei Neuschmitten / Brachtal / Freinau und bei Queckborn / Lauter sind schon, im Ohm / Feldatal und im Schlüchterner Becken noch Wasserwerke gebaut worden und ein Fernleitungsadernetz soll gigantische Wassermengen ins Frankfurter Ballungsgebiet transportieren. Gießen ist ebenfalls beteiligt an diesen Plänen: Schon jetzt bezieht Gießen Wasser aus Queckborn im westlichen Vogelsberg.

Welche Folgen hat nun die Grundwasserentnahme?

Grundsätzlich muß man sagen, daß die Oberflächengewässer (Flüsse und Seen) und die Struktur und Eigenschaften des Bodens mit dem Grundwasser in direktem Zusammenhang stehen. Hoher Grundwasserstand bedeutet dabei: Wasserreiche Bäche und Seen, saure Wiesen, Feuchtgebiete (= wertvolle Biotope) und ein an die Grundwasserhältnisse angepaßter Bewuchs.

Ein abgesenkter Grundwasserspiegel heißt: Trockenfallen von Bächen (= Fischsterben) und Seen (Fischteiche), Zerstörung von Feuchtgebieten, Versiegen von Quellen und Brunnen, Absenkung des Bodens (trockene Erde hat weniger Volumen als nasse Erde) d.h. Gebäudeschäden, Zerstörung des Bewuchses durch die geänderten Standortbedingungen, Beeinträchtigung von Forst- und Landwirtschaft.

Als Beispiele für krasse Folgen: In Nidda 39 Gebäudeschäden als Folge von "Dauerpumpversuchen" seit 1965 (!); Waldschäden in den Gebieten Nidda, Laubach, Hungen, Lich; im Brachtal/Salztal fielen Bäche trocken (= Fischsterben), außerdem traten Trockenschäden an Waldungen auf.

Jeden Tag braucht jeder von uns etwa 5 l Wasser zum Trinken und zum Essen zubereiten. Mit Waschmaschine, Dusche, WC und Putzen usw. zapfen wir schon durchschnittlich 150 l pro Person am Tag aus der Leitung, in einer 4 Personen WG also immerhin 600 l täglich oder 213 000 Liter Trinkwasser im Jahr. Rechnet man den industriellen Verbrauch hinzu, so kommen wir zu 1 500 Litern pro Person am Tag. Ganz beachtlich !!

Wir hatten zu der unten angekündigten Veranstaltung auch einen Vertreter unseres Versorgungsgebietes nicht teilgenommen." so die lapidare Ablehnung. Eine, wie ich meine, faule Ausrede. So drückt man sich darum, für seine Handlungen und Entscheidungen, die nun mal sehr umstritten sind, vor einer kritischen Öffentlichkeit Rechenschaft abantwortlich zeichnet. müssen zulegen. hjr
Ihnen jedoch leider mitteilen, daß wir

Ausstellung : Wasser

Mehr Informationen zum Thema Wasser gibts in einer Ausstellung, die diese Woche in der neuen Mensa zu sehen ist.
Wo kommt das Wasser her ?
Wieviel Wasser verbrauchen wir ?
Was ist dran an der Wasserkrise ?
Warum sind Nitrate im Grundwasser so gefährlich ? ..und...und...

Das ganze Ausmaß der Bedrohung des Vogelsbergs wird dargestellt auf einer Veranstaltung mit dem Titel

WASSERRAUBBAU IM VOGELSBERG

• Videofilm •
Referenten :

• Ein Vertreter betroffener BI's
• Horst Conrad vom BDP

13. JAN.
Donnerstag
20UHR

Großer Biologischer Hörsaal
(im Uni Hauptgebäude)

Eine Veranstaltung von
Bund Deutscher Pfadfinder
und
ASTA Uni Gießen
- Öko - Referat -

AG Alternative Rechtswissenschaft

Referent: Dr. Martin Kutscha (Hamburg)

Thema: Berufsverbote und streitbare Demokratie

Wann: Mittwoch, 12. Januar, 19.00 Uhr,

Es ist zu befürchten, daß im Zuge "der geistig moralischen Erneuerung in diesem, unserem Lande" das Thema Berufsverbote eher noch an Aktualität gewinnt, da jeder Bemühung um Liberalisierung ein jähes Ende gesetzt wurde und eine verschärfte Praxis dieses Demokratieverkürzenden Instrumentariums droht. Der Referent wird den historischen Wurzeln der streitbaren Demokratie ("keine Freiheit für die Feinde der Freiheit") nachgehen, d.h. die Legende der Zerstörung Weimars durch zuviel Freiheit aufgreifen und das "Ober-Ich" der Verfassungskonzeption der streitbaren Demokratie mittels der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch das Bundesverfassungsgericht und

Juridicum (Licher Str. 68)

HS 24

Eine Veranstaltung der

AG Alternative Rechtswissenschaft

die aktuelle Entwicklung nach der Peter-Entscheidung untersuchen. Die These Martin Kutschas lautet, daß die FDGO und das Grundgesetz einen dezidiert antifaschistischen Charakter habe, der bei der Zulassung zum öffentlichen Dienst zur Geltung kommen müße oder zugespitzt formuliert: keine Freiheit den (Neo-Nazis). Dies und die aktuellen Tendenzen in Verwaltung und Arbeitsrechtsprechung sollen Gegenstand der Diskussion sein.

*Arbeit oder Krieg
für Kinder??*

Bei uns ist das so!

Und wir haben Schwierigkeiten wie

- Kind und Studium unter einen Hut zu bringen
- Konzentrationsprobleme zu bewältigen
- Gibt es Möglichkeiten, die Zeitprobleme besser in den Griff zu kriegen?

Es gibt tatsächlich eine Menge Probleme, die Schwangerschaft und Kind/er mit sich bringen, und wir wissen inzwischen, daß es unmöglich ist, das alles allein zu bewältigen, ohne dabei auszuflippen. Deshalb möchten wir uns mit denen, die in derselben Situation sind,

treffen zum Erfahrungsaustausch und evt. Gründung einer Elterninitiative für die Kinderbetreuung.

Wir treffen uns

am Do., den 13. 1. 83

am Do., den 20. 1. 83

um 18 Uhr

jeweils im Frauen-Raum im Philo II, Haus A (rechter Eingang)

Kontaktadresse:

Heidrun Ortwein-Ruhl

Rehweide 12

Linden - Forst

06403/63308

DU-Forum

Perspektiven einer mittelfristigen Arbeitsmarktpolitik

Montag, 17. 1. 82, 20.00 Uhr,

Uni-Aula

Fachschaft Mathe/Physik

Seminar zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe

In diesem Seminar befassen wir uns seit Anfang des Semesters kritisch mit den verschiedenen Aspekten einer Wiederaufbereitungsanlage. Dazu zählt neben der Funktionsweise einer WAA auch die Betrachtung wirtschaftlicher und Sicherheitsaspekte.

Das Seminar findet statt: Jeden Montag um 18.30 Uhr im FS-Zimmer Mathe/Physik (Hörsaalgebäude Physik, unterer Eingang, Heinrich Buff Ring 14)
Dauer: ca 90 Minuten

In jeder Woche wird ein Schwerpunktthema abgehandelt, nachstehend nun die weitere Terminierung bis zum Ende des Semesters:

- 17.1.: Schafft eine WAA Arbeitsplätze?
- 24./31.1.: Wirtschaftlichkeit einer WAA
- 7.2.: Resümee, Ausblick

Impressum:

Verantwortlich:

Rolf Meyer

Auflage: 2000 Stück

Druck: Druckkollektiv

VORTRAGSREIHE

Türken in Deutschland — Integration oder Reintegration

Mittwoch, den 12. Jan. 1983

Perspektiven für Kinder in Bildung und Ausbildung

Akademisches

Auslandsamt

Gutenbergstr. 6

6300 Giessen

9 00 h.

Frauencafé

Wo: Phil. II, Haus A

rechter Seiteneingang

Wann: Jeden Di. + Do.

von 12⁰⁰ - 15⁰⁰ Uhr

Pflastersteine für Nicaragua

Seit Beginn des Wintersemesters führt der AstA und der Weltladen/Verein Partnerschaft Dritte Welt eine Veranstaltungsreihe zu Hunger und Unterdrückung in den unterentwickelten gehaltenen Ländern durch. Wir wollen aber nicht nur theoretisch über die Probleme der so. Dritten Welt diskutieren, sondern auch einen praktischen Solidaritätsbeitrag leisten.

Wir - Mitglieder des AstA und der Weltladen - entschieden uns ein Projekt in Nicaragua durch eine Sammlung zu unterstützen.

Wir halten die Solidarität mit dem neuen Nicaragua im Moment für besonders wichtig, da insbesondere die USA und die Diktaturen in Guatemala, El Salvador und Honduras die nicaraguesische Revolution durch massive Repressionen und Interventionsdrohungen zerstören wollen.

Konkretes zum Projekt:

LAGE:

Die Fabrik wird sich innerhalb eines Industriegebietes befinden. Ganz in der Nähe ist ein Materiallager, das im Produktionsprozess benutzt wird. Das Industriegebiet liegt im Nord-Osten von Masaya, östlich von Managua.

DIE SITUATION:

Zur Zeit gibt es nur eine Fabrik, die über mangelhafte Maschinen verfügt. Sie ist veraltet und sie produziert nur etwa 4 Pflastersteine ungefähr alle 4 Minuten. Der Mischvorgang wird außerdem noch in Handarbeit verrichtet, so daß viel Zeit im Produktionsprozess verlorengeht.

Die tägliche Produktion liegt bei 522 Einheiten, die Kosten pro Pflasterstein liegen bei 1,85 Cordobas (10 Cordobas = 1 US Dollar). Die monatliche Nachfrage bei der Gemeindeverwaltung von Seiten der organisierten Verbände (also zum Beispiel den Stadtteilkomitees, die in freiwilliger Arbeit ihre Straßen selbst pflastern) liegt bei 75000 Pflastersteinen. Dabei ist der Bedarf, den die Stadt selbst hat, in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten.

So besteht nun, verglichen mit der Produktion, ein Defizit von 65.472 Pflastersteinen pro Monat. Um den Bedarf zu decken, wurden bisher die Aufträge an Fabriken vergeben, die sich in anderen Departementen befinden. Dies erhöhte die Produktionskosten pro Einheit, hinzu kamen auch noch die Transportkosten, und so kosten diese Pflastersteine rund 3 Cordobas. Durch die Produktion in der Gemeinde selbst kann rund 1 Cordoba pro Einheit gespart werden.

Ziele:

Der Aufbau der neuen Fabrik schafft Arbeitsplätze im produktiven Wirtschaftsbereich. Die Fabrik soll dazu beitragen, das Straßennetz zu verbessern, sowie die Stadtentwicklung zu fördern. Den Massenorganisationen soll die Möglichkeit gegeben werden, selbstbestimmt ihre äußeren Lebensbedingungen zu verbessern. Die Pflastersteine werden z.B. von den Stadtteilkomitees in ihren Stadtteilen selbst in freiwilliger Arbeit verlegt.

Bislang wurden folgende Summen gesendet:

| | |
|--|--------------------|
| Stand 25.11.1982: | 623,10 DM |
| Sammlung AstA-Mitglieder/ Weltladen | am 30.11. 51,66 DM |
| | am 14.11. 84,05 DM |
| Juso-Hochschulgruppe Gießen | 174,20 DM |

Bisherige
Gesamtsumme 933,01 DM